

Hintergrund

EU-Klima- und Energiepolitik 2030

Klimakanzlerin gesucht!

Am 22. Januar veröffentlicht die EU-Kommission ihr Weißbuch zur Klima- und Energiepolitik bis 2030. Schon jetzt ist absehbar, dass die EU auf dem besten Weg ist, sich von ehrgeizigem Klimaschutz zu verabschieden.

Der politische Zeitplan

Mit Blick auf den Pariser Weltklimagipfel im Jahr 2015 und die Anforderungen der Wirtschaft an Planungssicherheit eröffnete die EU-Kommission im März letzten Jahres die Debatte um die Klimapolitik nach 2020. Sie legte ein Grünbuch und eine Konsultation vor, in Kürze folgt das Weißbuch mit einem Vorschlag für neue Klimaziele. Danach obliegt die Entscheidung den Staats- und Regierungschefs. Auf einem EU-Gipfel im März wollen sie die Richtung der Klimapolitik für die nächsten 16 Jahre festlegen.

- 22. Januar: EU-Kommission klärt letzte Streitfragen und veröffentlicht das Weißbuch
- 4. Februar: EU-Parlament stimmt über einen Initiativbericht zum Grünbuch ab
- 3. März: Umweltminister debattieren das Weißbuch
- 4. März: Energieminister debattieren das Weißbuch
- 20. bis 21. März: Regierungschefs entscheiden auf dem EU-Gipfel über die neuen Klimaziele

Darum geht es

Anders als 2007 stehen die neuen Klimaziele heute unter dem Diktat von Energiepreisen und Wettbewerb. Aus Sorge um Widerstand vor allem aus osteuropäischen Ländern plant die EU-Kommission mit 40 Prozent Treibhausgasreduktion ein aus Klimasicht schwaches Ziel – Energiekommissar Günther Oettinger und Kommissionspräsident Manuel Barroso versuchen derzeit sogar ein Ziel von nur 35 Prozent durchzusetzen.

Einige Länder, angeführt von Polen und Großbritannien, wollen außerdem die Architektur der Klimaziele grundsätzlich verändern. Künftig solle die EU auf Vorgaben für erneuerbare Energien und Effizienz verzichten. Sie verlangen „Technologieoffenheit“, um Klimaziele auch durch Atomkraft oder Fracking zu erreichen und tiefgreifende Veränderungen im Energiesystem zu vermeiden.

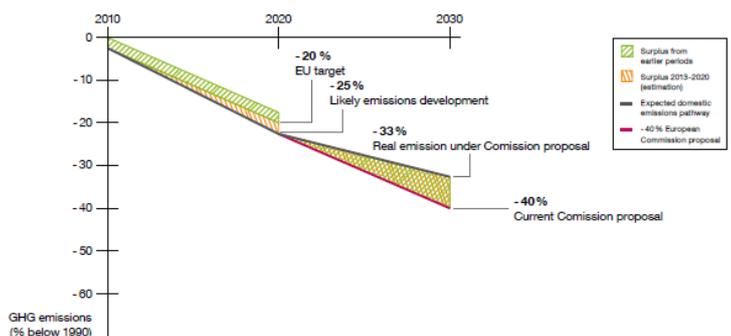
Tatsächlich wächst die Sorge, dass die Kommission am 22. Januar keine verbindlichen Vorgaben für erneuerbare Energien vorlegen könnte. Auch ein Effizienzziel wird wohl keine Rolle spielen.

40 Prozent bedeuten zehn Jahre Stillstand

Was mit 40 Prozent auf den ersten Blick wie ein ambitioniertes Treibhausgasziel scheint, führt aus Klimaschutzsicht in eine Sackgasse und macht es praktisch unmöglich, einen kritischen Anstieg der Erderwärmung über zwei Grad zu vermeiden. Bereits bis 2020 – so riet der IPCC – sollten Industriestaaten ihre Treibhausgase um 25 bis 40 Prozent senken. Setzt sich die Kommission mit ihrem jetzigen Kurs durch, würde die IPCC-Empfehlung zehn Jahre zu spät umgesetzt.

Verschärft wird die Situation durch den desolaten Zustand des Emissionshandels und die überschüssigen CO₂-Zertifikate, denn sie schwächen das Treibhausgasziel effektiv um sieben Prozent. Ein Klimaziel von 40 Prozent brächte unter dem Strich also lediglich 33 Prozent Treibhausgaseinsparungen.

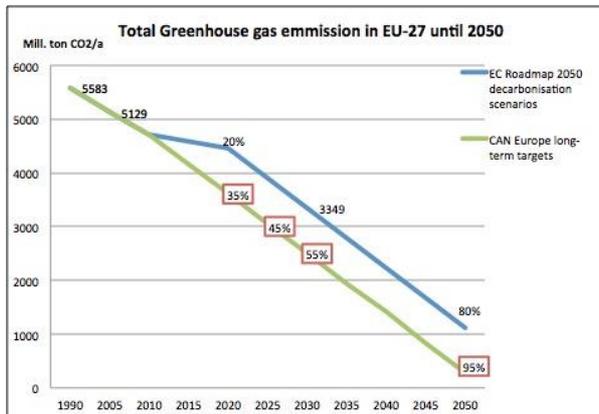
The impact of the EU carbon market surplus on post-2020 climate action



Quelle: [Ecofys 2013](#)

Dabei ist nicht nur deutlich mehr nötig – es wäre auch möglich. Die geleakte Folgenabschätzung des Weißbuchs zeigt: Bereits mit den bestehenden und geplanten Klimaschutzmaßnahmen landet die EU im Jahr 2030 bei einer Emissionsreduktion von etwa 32 Prozent. 40 oder gar 35 Prozent erfordern also kaum neue Anstrengung – EU-Staaten könnten erst einmal die Hände in den Schoß legen.

Bleibt man hingegen beim bisherigen Reduktions-tempo, ist deutlich mehr drin: Europas Treibhausgaswürden bis 2030 um 55 Prozent sinken.



Quelle: [Climate Action Network Europe 2013](#)

Selbst in der Kommission gibt man hinter vorgehaltener Hand zu, dass ein Treibhausgasziel von 40 Prozent eigentlich zu niedrig ist, will man ein weiteres Wachstum von Erneuerbaren und Effizienz. Ein erneuter Zusammenbruch des Emissionshandels wäre praktisch vorprogrammiert – es sei denn, man bremst den Ausbau von erneuerbaren Energien und spart weniger Energie. Wissenschaftler gehen sogar davon aus, dass sich die Energieintensität gegenüber heute wieder verschlechtern könnte.

Umweltverbände fordern daher: mindestens 55 Prozent Treibhausgasreduktionen, 45 Prozent erneuerbare Energien und 40 Prozent Energieeinsparung. Lässt sich die Bundesregierung auf niedrigere Ziele ein, gefährdet sie damit die eigene Energiewende.

Nicht ohne Erneuerbare und Energiesparen

Gefahr droht auch, wenn sich die EU von Zielen für erneuerbare Energien und Effizienz verabschiedet. Sogar die [Berechnungen der EU-Kommission](#) ergeben, dass ein einziges Treibhausgasziel Nachteile auf die Wirtschaft, Arbeitsplätze und Gesundheit der EU haben. Der [SRU](#) weist darauf hin, dass ohne rechtsverbindliche Vorgaben der Ausbau erneuerbarer Energien nicht mehr ausreichend vorankommen wird. Welche Folgen unverbindliche Ziele haben, zeigt das Energiesparziel aus dem Jahr 2007: Die [Coalition of Energy Savings](#) schätzt, dass es trotz EU-Energieeffizienzrichtlinie um bis zu fünf Prozent verfehlt wird.

Der Emissionshandel selbst kann die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit für erneuerbare Energien nicht schaffen - noch energiesparende Geräte oder Wohnungen fördern. Um einen Effekt auf den Endenergieverbrauch zu haben, müssten die Kohlenstoffpreise extrem steigen, schlussfolgert die [Internationale Energieagentur](#). Nicht zuletzt ist Europas Abhängigkeit von fossilen Energieimporten von jährlich [500 Milliarden Euro](#) ein klares Plädoyer für Erneuerbare und Effizienz.

Die Positionen der Mitgliedstaaten

Bisher hat sich nur Großbritannien offiziell für ein **höheres Treibhausgasziel** von 50 Prozent ausgesprochen. Andere Mitgliedstaaten wie Dänemark, Frankreich oder auch Portugal sind zwar prinzipiell offen für ein höheres Treibhausgasziel, aber derzeit nicht bereit, im Alleingang Stellung zu beziehen. Widerstand kommt vor allem aus Polen, das bereits 2011 ein Veto gegen den EU-Klima- und den EU-Energiefahrplan einlegte.

Für ein **verbindliches Ziel für erneuerbare Energien** gab es Anfang Januar in einem [offenen Brief](#) Rückenwind aus Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Österreich und Portugal. Ein **Effizienzziel** tragen neben Deutschland auch Estland, Finnland, Frankreich, Österreich mit, Dänemark und Portugal fordern sogar verbindliche Vorgaben. Lediglich ein **Ziel** wollen hingegen Polen, Großbritannien, Tschechien und Slowenien.

Im **EU-Parlament** stimmten [Umwelt- und Industrieausschuss](#) zuletzt für drei verbindliche Ziele und ein ambitioniertes Effizienzziel von 40 Prozent, jedoch lediglich für ein Klimaziel von mindestens 40 Prozent.

Die **Bundesregierung** vertritt drei Ziele und setzte sich in Brüssel für Vorgaben für erneuerbare Energien ein. *Eine wirksame EU-Klimapolitik wird jedoch auch wesentlich davon abhängen, mit welchem Nachdruck Angela Merkel und Sigmar Gabriel dies gegenüber der EU und den EU-Mitgliedstaaten vertreten.* Die Bereitschaft für ein ehrgeiziges Klimaziel jenseits der 40 Prozent einzutreten, ist bislang gering. Bald wird sich zeigen, ob die Formulierung von **mindestens 40 Prozent** im Koalitionsvertrag darauf hoffen lässt, dass die Regierung bereit ist, über ein deutlich zu schwaches Klimaziel hinauszugehen.

20-20-20: So steht Europa heute

Mit einem Rückgang der Treibhausgasemissionen um 18 Prozent in 2012 gegenüber 1990 hat Europa sein bestehendes Klimaziel schon acht Jahre vor 2020 so gut wie erreicht. Werden alle geplanten Maßnahmen umgesetzt, könnte die EU bis 2020 laut [Europäischer Umweltagentur](#) auf 24 Prozent kommen. Berücksichtigt man Offsets, die ebenfalls auf das EU-Ziel angerechnet werden, hat die EU ihr Klimaziel mit **27 Prozent** schon heute weit übertroffen: Umweltorganisationen fordern seit langem eine Erhöhung des bestehenden Ziels auf mindestens 30 Prozent. Bei den Erneuerbaren war die EU mit **12,4 Prozent** in 2011 auf gutem Weg. Stiefkind ist das Effizienzziel; es wird ohne weitere Maßnahmen verfehlt.

Deutscher Naturschutzring

Stefanie Langkamp
 Telefon: (030) 6781775-79
 Mobil: (0175) 8379269
Stefanie.langkamp@dnr.de

